

sich da anzuschließen, wo die Vertheidigung einige Aussicht auf Erfolg bot. — Ich erlaube mir noch auf eine damalige Landtagsrede in kurzem Auszuge zurückzukommen, auf eine Rede des Herrn Abg. Schreck. Derselbe sagte nach einem ziemlich heftigen Ausfalle auf die österreichische Regierung über die preussische:

„Meine Herren! Wenn eine solche Regierung rechtlos uns vergewaltigen will, dann sehe ich davon ab, mit unserer Regierung noch darüber zu rechten, ob sie vielleicht vierzehn Tage oder vier Wochen eher oder später hätte rüsten sollen, oder ob der einen oder anderen Depesche eine mildere Fassung zu geben gewesen wäre. Gegenüber einer so rechtlosen Annäherung — und dieses Wort möge weit hinübertönen bis in das Ministerhölzel in Berlin — gegenüber einer solchen Annäherung sind im Königreich Sachsen Fürst und Volk, ist die Ständeversammlung rechts und links einmüthig und treu.“

So, meine Herren, war damals die Sprache der Kammer, und jetzt machen Sie der Regierung einen Vorwurf daraus, daß sie überhaupt nur gewagt habe, sich zu vertheidigen? — Aber auch wenn ich absehe von den Kammerverhandlungen, wenn ich mich lediglich der politischen Verhältnisse im Allgemeinen erinnere, finde ich keine Veranlassung zu Vorwürfen, wie sie heute hier der Regierung gemacht worden sind. Wohl, meine Herren, gab es eine Zeit, wo man in Sachsen hätte eine wesentlich andere Politik einschlagen können, als es geschehen ist; aber diese Zeit liegt weit zurück vor dem Beginne des Krieges. Sie war damals, als Preußen zuerst die Absicht zeigte, in Schleswig-Holstein festen Fuß zu fassen; damals hätten Regierung und Stände erklären können: Wir hegen wohl alle Sympathien für Schleswig-Holstein — aber wir sind uns selbst die Nächsten, wir können wegen der Elbherzogthümer uns nicht einen mächtigen Nachbar zum Feinde machen, zu dem uns gleiche Sitten, gleiche Religion und gleiche materielle Interessen führen. Wer aber damals diese Sprache geführt hätte, den hätte man für den größten Angstpolitiker im Lande verschrieen, er hätte die allgemeinste Mißbilligung gefunden. Ich erinnere Sie an die früheren Kammerverhandlungen, die ich Ihnen beim letzten außerordentlichen Landtage auszugsweise vorgelesen habe. Sie haben alle den Refrain: auch den Krieg darf man nicht scheuen, wenn es gilt, das Recht zu schützen; die Mittelstaaten müssen zeigen, daß sie noch Lebenskraft besitzen u. s. w. Und als nun dieser Krieg, dem man mit so viel Muth und Begeisterung entgegengesehen, unmittelbar an uns herantrat, als Preußen nicht, wie man gehofft, zurückging, sondern auch die Gewalt in Deutschland beanspruchte, da sollte die Regierung, nachdem man sie fast gewaltsam auf den Weg gedrängt hatte, den sie betreten, da sollte die Regierung auf Aufforderung derselben Leute, die ihr vorher Gut und Blut zur Verfügung gestellt hatten, plötzlich umkehren, auf ihre Vertheidigung ver-

zichten und uneingedenk der Versprechungen, die sie dem Lande gemacht, uneingedenk der Verbindungen, die sie mit anderen deutschen Mittelstaaten geschlossen, sich plötzlich in die Arme der preussischen Allianz werfen? Oder haben Sie vielleicht ernstlich geglaubt, daß Sachsen seine „Neutralität“ dauernd hätte erhalten können? Haben Sie vergessen, wie der preussische Minister des Innern mit ziemlicher Offenheit im Abgeordnetenhaus erklärte, daß der Krieg nicht durch den Mobilisirungsantrag am Bunde oder durch die Haltung Sachsens veranlaßt, daß er vielmehr ein lange vorbereiteter war? Ich will mir erlauben, eine Stelle aus dieser Rede Ihnen ins Gedächtniß zurückzurufen. Der Herr Minister sagte:

„Von Anfang an sind wir der Ueberzeugung gewesen, daß die Machtstellung Preußens einer Rectificirung bedürfe. Allerdings kann man sagen, der Ministerpräsident hat vor vier Jahren diesen Ausgang unserer und seiner Bestrebungen nicht vorausgesehen; aber es lag in unserem Willen. Wir hatten die feste Ueberzeugung, daß die Stellung, welche Preußen in Deutschland einnahm, unhaltbar sei und geändert werden müsse; wir waren von einem gewissen Großmachtstachel ergriffen, wir haben die Entwicklung vorbereitet und die Gelegenheit wahrgenommen und diese Gelegenheit gut benutzt.“

Mit dieser Erklärung stimmt auch eine weitere Erklärung des Grafen Bismarck überein:

„daß er gegenwärtig durchaus keine neue Politik treibe; was jetzt geschehe, habe er immer gewollt — freilich habe von der Regierung Manches verschwiegen werden müssen.“

Und in dem officiellen Berichte des preussischen Staatsanzeigers über den Feldzug heißt es:

„Das Einrücken in Sachsen hatte nicht sowohl die Besitznahme des Königreichs zum Zweck, als den strategischen Aufmarsch der Elbarmee und der ersten Armee auf der Linie Dresden-Bautzen. Er verkürzte die anfängliche Frontausdehnung von 25 auf 7 Meilen u. s. w.“

Die Neutralität des Landes war also gar nicht festzuhalten. Und weiter, meine Herren, frage ich Sie: Welches wäre denn der Erfolg für Sachsen gewesen, wenn die Armee nicht nach Oesterreich ging, wenn sie sich zu unserem theueren Verbündeten, nach Bayern gewendet hätte, der sich so glänzend bewährt hat?

(Allgemeine Heiterkeit.)

Ich wage keine Vermuthung über das Schicksal der Armee in diesem Falle; vielleicht daß sie wenigstens vorübergehende größere Erfolge gehabt hätte; aber das Ende und schließliche Resultat des Krieges wäre sicher kein anderes geworden, als jetzt. Und, meine Herren, die Ueberzeugung steht bei mir fest, wenn die sächsische Armee nicht in Oesterreich war, so wurde die Integrität Sachsens durch den Nikolsburger Frieden nicht garantirt.

(Ruf: Sehr wahr!)

Diese Integrität Sachsens aber, wenn sie auch mit